

Kirchliche Zeitleufe.

Von Peter Sinthern S. J.

1. Antireligiöse Bestrebungen unter nationaler Flagge. — 2. Kirchenglocken, Orgelpfeifen und Kriegsverdiener. — 3. Über die Bedeutung der Neuübersetzungen des „Osservatore Romano“.

1. Antireligiöse Bestrebungen unter nationaler Flagge. Wir leben in einer Zeit gewaltiger sittlicher und religiöser Gärung. Der gigantische Kampf mit den Waffen, der sich unter unseren Augen vollzieht, ist nur ein schwaches Abbild des viel größeren geistigen Kampfes, der gleichfalls zu einem Höhepunkte hinaufzusteigen scheint. Der deutsche Reichstag hat schon längst das Zivildienstgesetz angenommen, das jeden deutschen Mann als Hilfskraft dem draußen kämpfenden Heere einverleibt. Auch in dem großen geistigen Kampfe darf niemand zurückbleiben, muß jeder fest auf seinem Posten stehen, ob Geistlich oder Laie, vor allem aber der geborene Führer des katholischen Volkes, der Priester. Das ist für Kirche und Vaterland gleich wichtig, denn in dem großen Geisterkampfe wird nicht nur über Kirche und Christentum, sondern auch über das höhere Sein des Vaterlandes, das allein uns mit Freude und Stolz an unserem Vaterlande erfüllen kann, in gleicher Weise entschieden.

Da wendet sich auf einer Jubiläumstagung der Allgemeinen evangelisch-lutherischen Konferenz in Eisenach der bekannte Kieler Superintendent Raftan gegen die staatliche Bevormundung der Kirche, der protestantischen wie der katholischen; eine Staatskirche sei unter den heutigen Verhältnissen eine gebundene Größe, verschwinde die Staatskirche, so würden auch die theologischen Fakultäten an den Universitäten aufhören. In Verbindung mit einem sehr lobenswerten Gedanken, der Ablehnung der Bevormundung der Kirche durch den Staat, wird hier die vom ganzen Liberalismus heiß beherrschte und stets bereitgehaltene Trennung von Staat und Kirche angekündigt, gegen die man nicht genug auf der Hut sein kann. Wenn wir etwas nach den blutigen Stürmen des Krieges brauchen, um mit froher Hoffnung an die Heilung der tausendfachen Schäden zu gehen, dann ist es ein freundschaftliches und vertrauensvolles Zusammenwirken von Staat und Kirche, weder der Staat noch die Kirche zwingt es allein.

Auf einen ganz anderen Standpunkt stellt sich der protestantische Pfarrer Kurt Engelbrecht in seinem Buche „Deutschlands religiöse Zukunft“. „In kirchenpolitischer Hinsicht wird man ein Hauptmerkmal auf die Zusammenarbeit von Katholizismus und Protestantismus richten müssen . . . Wir sind eine Nation geworden und es sollte für alle Zeiten unmöglich sein, daß wir auch eine nationale Kirche erhalten? . . . Mit einem tieferen nationalchristlichen Einheitsbewußtsein wäre zunächst bereits das wertvollste

Saatland für einen künftigen konfessionellen Frieden, aus dem sich die deutsche christliche Nationalkirche wohl erheben könnte, gewonnen.“ Da Engelbrecht in der Reformation „die größte religiöse Erneuerung seit Christi Auftreten sieht“, so wird er sich diese „deutsche christliche Nationalkirche“ natürlich auf protestantischer Grundlage denken. Und Engelbrecht ist nicht der einzige, der infolge des im Kriege geübten konfessionellen Burgfriedens und der an und für sich gewiß sehr lobwürdigen konfessionellen Verständigungsbestrebungen wieder einmal das Trugbild der deutschen Nationalkirche heraufsteigen sieht — eine neue Auslage der Los-von-Rom-Bestrebungen, nichts weiter. In anderer Form treten dieselben Bestrebungen in Böhmen und Mähren auf, wo sowohl von tschechisch-nationaler als auch von kalvinischer Seite die Hus-Bewegung wieder in Fluss zu bringen versucht wird. Der jüngsten Vorgeschichte dieser Bewegung widmet die Augustnummer der „Bonifatius-Korrespondenz“ „von besonderer Seite“ einen eigenen Artikel. Es ist eine religiöse und politische Bewegung, die mit den religiösen Idealen des Urhebers des Hussitismus fast nichts mehr gemein hat. Das weitverzweigte Netz dieser Organisation wollte alle freidenkerisch-tschechischen und politisch-radikalen Kreise des Landes und der Nation unter Unterstützung der tschechischen Presse sammeln und mit der Hus-Jubiläumsfeier (Juli 1915) zum ersten Male vor die Öffentlichkeit treten. Als infolge der Kriegsereignisse die Husfeier bedeutend vereinfacht werden mußte, setzte dafür die Bewegung im feindlichen und neutralen Auslande um so kräftiger ein, namentlich in Russland und der Schweiz. Die nordamerikanische „Jan-Hus-Liga slawischer Freimaurer“ bezeichnete gleich nach Ausbruch der russischen Revolution in einem Schreiben an den russischen Kadettenträger Miljukow es als ihre Aufgabe, „wenn das Tschechentum von österreichischer Knechtschaft befreit sein wird, eine Freimaurerloge in Prag zu gründen und von dort das freimaurerische Licht im slawischen Gebiet, vor allem in Russland zu verbreiten“.

Auch in Polen ist das Gespenst einer polnischen Nationalkirche im Kriege wieder aufgetaucht. Bereits im Jahre 1909 hat sich der angesehene Warschauer Kanzlerredner Szlagowski in seinen Konferenzen mit dieser Idee auseinandergesetzt. Es war zur Zeit, wo der Mariavitismus in Blüte stand und der Gedanke an eine polnische Nationalkirche viele Köpfe in Polen verwirrte. Da man bald die eigenmütigen Pläne erkannte, welche die russische Regierung mit dem Mariavitismus verfolgte, so wurde es bald wieder von der Sache still; ganz war aber die Idee nicht begraben. Mitten im Kriege tauchte schon seit längerer Zeit in vertraulichen Unterhaltungen und in Zeitungserörterungen die Frage auf, ob Polen nicht eine von Rom unabhängige Nationalkirche anstreben sollte. Der Gedanke scheint diesmal von der Schweiz aus gegangen zu sein; in einer Versammlung von in der Schweiz sich aufhaltenden

Polen entwickelte ein politisch interessierter Teilnehmer das Programm eines allslawischen Reiches, das sich aus Russland, Böhmen und Polen zusammensetzen sollte; dieses Reich sollte nach seiner Ansicht eine „ideell-einheitliche Schöpfung“ sein, da Russland eine Nationalkirche bereits habe, Böhmen sie zur Hälfte habe und Polen anfange, sie zu haben. Es wird vermutet, daß der Anstoß zu diesen Bestrebungen von Frankreich ausgegangen sei. Es ist bekannt, wie in Frankreich national überspannte Kreise dem Papste seine Zurückhaltung als Parteinaahme für die Mittelmächte auslegen und deshalb unverblümt mit einer französischen Nationalkirche drohen. Um jedoch auf den Papst größeren Eindruck zu machen, glaubte man, das bis jetzt immer glaubenstreue Polen in dasselbe Fahrwasser ziehen zu müssen. Von Russland aus wurde im gleichen Sinne gearbeitet. Hier knüpfte man an die demselben Ziele zu strebenden Ideen des polnischen Schwärmers Towianski (1799 bis 1878) an. Nationalkirchliche Strömungen machten sich auch zu Anfang dieses Jahres auf einem zu Warschau abgehaltenen Mittelschullehrerkongreß bemerkbar, wenn sie sich auch nicht offen hervorwagten; immerhin schienen sie einem geistlichen Teilnehmer bedeutsam genug, um davor zu warnen, und neuerdings haben sich auch die „Warschauer Erzdiözessannachrichten“ mit ihnen auseinander gesetzt. Wenn diese separatischen Bestrebungen in Polen im allgemeinen auch auf steinigen Boden gefallen sind, so müssen doch die Erfahrungen, die man mit dem Mariavitismus gemacht hat, zur Wachsamkeit mahnen. Wie schon im Kriege, so wird man auch und noch mehr nach dem Kriege das zu einer Hochflut angeschwollene Nationalbewußtsein ohne Zweifel in jeder nur denkbaren Weise, die, entsprechend der Eigenart der Völker, irgend einen Erfolg zu versprechen scheint, zu Los-von-Rom-Zwecken auszunützen suchen, wogegen man schon in den ersten Anfängen Front machen muß.

Eine nicht zu unterschätzende Gefahr droht hier der Kirche auch von dem sogenannten Alldeutschthum, das seine unfinnigen politischen Ziele mit mindestens ebenso radikalen religiösen Zielen verbündet, wogegen ein konservativer protestantischer Politiker seine Gesinnungsgenossen ausdrücklich warnen zu müssen glaubt. Die Ausführungen Adam Röders in der von ihm herausgegebenen „Süddeutschen konservativen Korrespondenz“ („Kölnische Volkszeitung“ 11. und 14. August 1917) sind auch für uns sehr lebenswert. In Nr. 61 vom 10. August 1917 behandelt Röder die Weltanschauung des Alldeutschthums, die unbedingt auf einen Diesseitskultus abzielt, wie der vulgäre Liberalismus dem Menschen nur ein Höchstmaß irdischer Seligkeit in Aussicht stellt. „Die alldedeutsche Weltanschauung geht bewußt auf die Ausmerzung der christlichen Religion und der aus ihr abgeleiteten Ethik hinaus; es soll eine deutsche Religion entstehen, die an den Wodansglauben

unserer Altvorderen anknüpft, der hinwiederum durch die Ergebnisse der modernen Rassentheorie und der Darwinschen Entwicklungslehren derart „gelaunt“ ist, daß ein mit schwungvollen Phrasen eingehakter Atheismus übrig bleibt: das deutsche Volk, als die bevorzugteste und edelste aller Rassen, als die höchste Offenbarung des Menschentums, ist sein eigener Gott geworden. Das Christentum wird im Nietzsche'schen Sinne als der große Verweichlicher und Entzicker der Völker abgetan; groß ist nur, wer Macht hat und die Macht ausübt. Groß war das römische Altertum mit seiner Weltoberungs-politik . . . Die „Alldeutschen Blätter“, das Zentralorgan der Alldeutschen, vertreten seit langen Jahren die Notwendigkeit der Deutschreligion, die Beseitigung des verweichlichenden Christentums und „Stabilisierung“ einer Weltanschauung der rücksichtslosen Kraft- und Machtentfaltung . . .“

In einem anderen führenden alldeutschen Organ, dem „Heimdale“, schreibt Adolf Reinecke: „Wir brauchen einen deutschen Kult- und Stamnestempel.“ Wie dieser auszusehen hat, beschreibt Reinecke weiter folgendermaßen: „In der ersten Halle Standbilder großer Männer des Volkes von Armin und Siegfried an, in der zweiten die deutschen Kaiser, in der dritten, im Allerheiligsten, die Götter der Deutschen mit Wotan auf dem Throne. Während der Kultstunden tönt aus unsichtbaren Nebenräumen gedämpfte Musik, die Hallen sind mit Weihrauch geschwängert. Es werden deutsche Predigten und Vorträge gehalten.“ Ein alldeutscher Medizinalrat, Dr. W. Fuchs, versteigt sich zu folgenden Sätzen: „Wer nicht wagt, gewinnt nicht! Ohne Sprengstoff in der Seele ist kein Wagnis denkbar, ist nichts politisch Großes zu erzielen! Ohne gefährliche Charakter-eigenschaften flößt man keine Furcht ein! Ohne subversive Tendenzen kein großes Vorwärts des nationalen Geschickes! Und deshalb ist die deutsche Forderung des Tages: Propädeutik der Volksseele! Die Familie an die Front! Der Staat muß folgen, zunächst in der Schule, dann in der äußeren Politik. Erziehung zum Haß! Erziehung zur Hochachtung des Hasses! Erziehung zur Liebe zum Haß! Organisation des Hasses! Fort mit der unreifen Scheu vor Brutalität und Fanatismus! Auch politisch gelte das Wort Macchiavellis: „Mehr Backpfeifen, weniger Küsse!“ Wir dürfen nicht zögern, blasphemisch zu verkündigen: Uns sind gegeben Glaube, Hoffnung und der Haß! Aber der Haß ist der größte unter ihnen.“

Röder warnt die Konservativen, mit dem Alldeutschthum dieser neuen Propheten auch deren Haß gegen das Christentum mit in den Kauf zu nehmen. Er gibt von dem alldeutschen Wesen folgende Charakteristik, die, wie die „Kölnische Volkszeitung“ sagt, den Kern der Sache zu treffen scheint: „Der Konservative darf nicht das eine Wesentliche übersehen, daß dem Alldeutschen das Nationale, verkörpert in der Rasse, alles ist: Gott, Tugend, höchstes Ideal; sein weltanschauungsmäßiges Prinzip ist die Vergottung des Volkes,

der deutschen Rasse, der bewußte scharfe Gegensatz zum Christentum, das sich an die Menschheit wendet. Wie der bewußt Alldutsche grundsätzlich den Begriff der Persönlichkeit leugnet, so auch den der Menschheit; die Rasse, das Volk ist ihm alles in allem. Das Alldemokratium ist der ins Biologische übertragene Demokratismus. Wie dem Demokraten das Volk die Quelle aller staatlichen Macht, Autorität, Obrigkeit ist, so ist dem Alldutschen das in der Masse gereinigte und geeinigte Volk die Quelle einer durchaus autonomen, von jeder Religion unabhängigen Ethik. Nun ist ja klar, daß nicht in jedem Feld-, Wald- und Wiesen-Alldutschen die Bewußtheit solcher radikalster Vorstellungen in Erscheinung tritt; dazu ist er im Durchschnitt zu ungebildet; aber instinktiv macht er all diese geistlichen Operationen mit und verdichtet die Anschauung zu einer Art bequemen Neuheidentums, in dem die Rasse und ihre Herrschaft zielsetzende Religion ist und mit dem sich ohne die Strüppel einer feineren Sittlichkeit leben läßt: Wer sich der Rasse, dem Volk entgegenstellt, wird ohne viel Federlesens totgeschlagen, denn, so führt der alldutsche „Heimdal“ aus: „Schlägt oder beschimpft dich, deinen Nächsten oder dein Volk aber ein Fremdling, so schlägt ihn nieder, denn er hat den göttlichen Geist erschlagen und ist des Todes schuldig.“ Die Gleichsetzung des Volkes und der Rasse mit Gott ist der rote Faden, der sich durch die ganze alldutsche Ethik zieht. Röder schließt seine Darlegungen mit der Mahnung an seine konservativen Partei-freunde: „Es ist unbedingt notwendig, daß die unabhängigen Geister und Charaktere innerhalb der christlich-konservativen Partei diese neuzeitlichen Entwicklungen klaren Auges und in grundsätzlicher Treue zu unserem biblisch-evangelischen Bekenntnis und Glauben verfolgen, wenn nicht die ganze geistige Struktur und Beschaffenheit der konservativen Weltanschauung in verhängnisvoller Weise verfälscht und zugunsten eines mit großen und schwungvollen nationalen Worten einzuführenden Neuheidentums umgebogen werden soll.“

Diese Alldutschen haben „im Sommer des Jahres 1902 nach der Teutoburger Schlacht“ (1911) einen „Deutschen Orden“ mit der pantheistischen Parole „Wiedergeburt durch Gott in uns“ und mit dem Zwecke gegründet: „Deutsches Gottum, Wiedergeburt der deutschen Art an Seele und Leib aus germanischem Gottesborn, wirksam in allem deutschen Wesen, so in Recht, Sitte, Kunst — Deutsche Einigung in weihtümlicher Blutsgemeinschaft.“ Die Kanzlei des ganz nach Freimaurerart organisierten, im geheimen arbeitenden „Ordens“ ist bei Dr Ernst Hunfel, Berlin-Lichterfelde, Feldstraße 18; Geldspenden nimmt ein Herr Felix Stange, Berlin W. 57, Göhenstraße 4, entgegen. Es werden Flugschriften und Lieder vertrieben, welche im Sinne der Vereinigung gehalten sind; ein in Wien unter der Hand verbreiterter Aufruf ist gedruckt bei Wilhelm Zsleib, Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 119/120; er trägt als Schlußvignette einen

(freimaurerischen) Hammer. Das Organ der Vereinigung, der „Deutsche Ordensbote“, „ist streng vertraulich“. „Ordensangehörige, die rechtlich außerhalb der Kirchen stehen, sind der ‚Deutschen Gemeinschaft‘ anzugehören verpflichtet“, deren Organ der „Amtliche Anzeiger der Deutschreligiösen Gemeinschaft“ ist. Die Anschrift des „Gemeinschaftsamtes“ ist Maximilian Sorge, Breslau 10, Waisenhausstraße 8, die des „Deutschen Gemeindeamtes zu Groß-Berlin“ Wilhelm Schäfer, Berlin-Karlshorst. Einem Aufruf dieses „Deutschen Ordens“, „An die deutschen Menschen“, sind folgende Leitgedanken zu entnehmen: „Zerrissen in die großen Landeskirchen, die sich gegenseitig befehden, leidet das deutsche Volk unter den Nachwehen fremder Eroberung. Die Reformation vor 400 Jahren blieb auf halbem Wege stehen und die Gewalt der römischen Kirche vernichtete zum anderen Teil das segensreiche deutsche Werk. Unter fremden Idealen vertümerten die religiösen und sittlichen Kräfte, wurde und wird das deutsche Leben an seiner vollen Entfaltung gehindert. Wille und Tatkraft werden auch heute nicht erzogen, sondern gebrochen. Unkirchliche fallen dem Allerweltswesen anheim. Hilfe ist allein zu erwarten von einer geschlossenen Betätigung der deutschen Seelenkräfte, die allen deutschen Volksgenossen germanischen Ursprungs, Protestant, Katholiken und Unkirchlichen gemeinsam sind, von einer Wiedergeburt unseres Volkes im germanischen Geiste. Die gesamte deutsche Vergangenheit ist uns Zeuge für die Tatsache germanischer Religion, vom germanischen Altertum über die deutsche Mystik zu Goethe. Heil können uns allerdings nicht künstliche Züchtung altgermanischen Götterdienstes, nicht gelehrte Vorliebe für bestimmte Formen und Lehren der religiösen und philosophischen Entwicklung bringen. Nur was wirkend ist, was Tatkraft unseres heutigen Lebens bedeutet, hat ein Recht auf das volle Leben; nur wo das deutsche Herz sprechen darf mit allem, was ihm lieb und heilig ist, was an Geradem und Tüchtigem ihm vorschwebt, nur wo das Zeitliche sich in eines Deutschen Brust erweitert zum Ewigen, dort allein ist Religion der Deutschen, dort allein das Recht, die deutschen Menschen aufzurufen zur religiösen Einigung in der Religion der Freiheit. Die Aufgaben, die unserer Rasse bevorstehen, erfordern unsere gesamte sittliche und religiöse Kraft. Wenn jetzt nicht der germanisch-deutsche Gedanke die Welt des Zweifels und der Schwäche durchstürmt, wenn die Entscheidungsschlacht geschlagen werden soll ohne das Gottes Schwert der Deutschen, dann ist ihr Schicksal besiegelt, ihre Würde dahin und das dritte Reich ein schöner Traum geblieben. Raffte sich aber die deutsche Welt auf, in der Sammlung sich kräftigend, sich selbst entdeckend und ihre verborgene Macht, so würde solche Einigung der jetzt zersplitterten und sich befehdenden religiösen Kräfte das Schwert bedeuten, das über unseres Volkes, unserer Rasse und schließlich der Menschheit Schicksal entscheidet. Wer also

sich deutscher, das heißt germanischer Religion fühlt und von ihr Stärkung und Leben erhofft, der lege auch öffentlich, wo die Sache es erfordert, Zeugnis ab für die Wahrheit und Gerechtigkeit, für die Freiheit des Gewissens und der lauteren Überzeugung. Wer solche ernste Kraft in sich spürt, der helfe Gilben gründen und Lauben bauen als Pflanzstätten wahrhaft deutschen Lebens. Trete herbei ein jeder, dem es um ein wahrhaftiges deutsches Leben zu tun ist, der in der Stille, aber durch die Tat mitwirken will am eigenen Heil und an dem großen Bau deutscher Herrlichkeit." Diesem Schriftstück, das, wie gesagt, in Berlin gedruckt, in Wien verbreitet wurde, ließen sich zahlreiche andere an die Seite stellen, welche zeigen, daß eine sehr ausgedehnte und rührige Propaganda für den Atheismus auch in Deutschland und Österreich am Werke ist. Die zahlreichen schmuzigen Schaumblasen an der Oberfläche tauchen aus diesen geheimen Werkstätten auf. Wir müssen uns wohl vor Augen halten, woher der Wind weht und wohin die Reise geht. Man sucht das Volk in verschlagenster Weise am Kern der Religion selbst irre zu machen und nationale Begriffe und Ideale an die Stelle der religiösen zu setzen. Dagegen hilft nur eine energische religiöse Aufrüttelung, klare, nachhaltige und praktische Belehrung über die Grundwahrheiten unseres heiligen Glaubens, Dringen auf entschiedenes und freudiges Bekenntnis des Glaubens im Leben und vor allem ein eifriges Leben nach dem Glauben. Wie nach dem Jahre 1848, so werden auch, wenn der Krieg einmal zu Ende geht, gut vorbereitete und geleitete Volksmissionen das Hauptmittel sein müssen, um so viel Krummes aus dem Kriege wieder gerade zu machen und das Volk durch eine außerordentliche Stärkung und Kräftigung des religiösen Lebens gegenüber dem konzentrischen Ansturm zahlreicher Feinde widerstandsfähig zu machen.

2. Kirchenglocken, Orgelpfeifen und Kriegsverdiener. Diese drei Dinge gehören leider zusammen. Wenn es sein muß, so gibt Klerus und Volk, freilich mit blutendem Herzen, auch die letzte Glocke und die letzte Orgelpfeife her, Dinge, von denen nur der gläubige Christ weiß und fühlt, was für ein ungeheures Opfer dadurch der Staat seinen christlich gläubigen Bürgern abverlangt. Nur das Bewußtsein der Gerechtigkeit unserer Sache, für welches darum jedes wirklich notwendige Opfer zu bringen ist und nur die ehrenwörtliche Versicherung der obersten Militärbehörde, daß die Beschlagnahme sich nicht umgehen läßt, hat in dem ebenso patriotischen als religiösen Volke alle schweren entgegenstehenden Bedenken und alle bitteren Gefühle vor der gebieterischen Forderung unabweislicher höherer Pflicht zum Schweigen gebracht. Es war jedoch schon nicht notwendig, der Militärbehörde, schon bevor sie die Beschlagnahme der Orgeln und Glocken für notwendig erklärte, Glocken und Orgelpfeifen gleichsam auf dem Präsentierteller anzubieten; wir lesen wohl von heiligen Bischöfen und Priestern, die Kreuz

und Ring und die kostbaren Goldgefäße der Kirche verkaufsten, um der Not der Armen zu steuern; für Kanonen und Granaten jedoch ist es reichlich Zeit zu warten bis die unerbittliche Not dazu zwingt, Glocken und Orgelpfeifen ihrer heiligen Bestimmung zu entreißen und sie in Mordinstrumente zu verwandeln. Noch abstoßender wirkt es, wenn namentlich Menschen, die bisher gleichsam von der Kirche gelebt haben, sich aus gemeiner Habfsucht vordrängen, wo es gilt, der Kirche ihre Kleinodien zu entreißen und gar den Verlust ganz unnötigerweise zu vergrößern. Heiliger Zorn aber mußte jeden ergreifen, wenn man die alten Feinde des Kreuzes schon gleich bei Beginn des Krieges mit triumphierendem Hohngelächter auf die schönen Glocken und Orgelpfeifen hinweisen sah, die ihren mephistolischen Ohren immer ein Greuel waren, von dem sie sich nun endlich bei Gelegenheit des Kriegsdurcheinanders für immer befreien zu können hofften. Kann man sich schließlich noch wundern, wenn es in einer Zuschrift an die „Reichspost“ (16. Dezember 1917) heißt: „Sehr viele sind der Ansicht, daß — um es gelinde auszudrücken — dieser Ausleerung der Kirchen ein wohlüberlegter Plan der Kirchenfeinde zugrunde liege. Schon 1914 forderte die ‚Neue Freie Presse‘ und die ‚Arbeiter-Zeitung‘ wiederholt die Ablieferung der Glocken und es hat ganz den Anschein, als ob man auf den Rat dieser Blätter zur Glockenabnahme geschritten wäre. Daß man hiedurch dem Patriotismus Österreichs sehr geschadet hat, ist ja gewissen Leuten in Österreich sehr angenehm, gerade jenen, die zugleich Altar und Thron wegräumen und uns mit einer gesegneten Demokratie à la Russland beglücken möchten.“

Die große Not, an die wir ja schließlich glauben müssen, die bei uns wie in Deutschland zur Beschlagnahme der Glocken, der Orgelpfeifen und kupfernen Kirchendächer führte, hat jedoch das Kupferdach des kaiserlichen Rates Fritz Regenstreif in Währing nur unter einer schützenden Hülle verschwinden lassen, hat in ganz auffallender Weise Kupfer in jüdischen Händen mitten in der von der Beschlagnahme betroffenen christlichen Umgebung verschont (Beispiele „Reichspost“, 10. November 1917), hat nicht gehindert, daß die bayerische Militärverwaltung den Augsburger Juden 186 Zentner Kupfer bewilligte, um damit Bekrönung und Dach der eben fertiggestellten neuen Synagoge zu schmücken („Kölner Volkszeitung“, 6. Jänner 1918), hat nicht gehindert, daß man den Juden für den Bau der Synagoge von Wilhelmshaven ebensoweiit entgegenkam (ebd.). Es ist doch merkwürdig, den Christen nimmt man, den Juden gibt man, und das in sogenannten christlichen Staaten. Auch anderswo scheint das Kupfer nicht so rar zu sein: die „Reichspost“ (16. Dezember 1917) berichtete von einem Soldaten an der Südtiroler Front, von Beruf Schmied, der nach Hause schrieb, daß er sich durch Herstellung von Messern mit kupfernen Stielen ein nettes Geld verdiene. Auch das Kupfer von den Glocken scheint nicht immer den

richtigen Weg zu finden: die „Kölnische Volkszeitung“ (3. Juni 1917) wußte zu berichten, daß Soldaten in der Lage waren, kilogramm-schwere Stücke aus den zersägten Glocken an Kinder als Spielzeug zu verschenken. In der Pastoralkonferenz des Dekanates Schörfling (Oberösterreich) am 12. September 1917 wurde Beschwerde dagegen erhoben, daß „angeforderte benedizierte Kupfer- und Zinngegenstände sowie Glockenstücke mit Bildern nicht zur Metallbeschaffung für das Militär verwendet, sondern anderwärts als Kunstgegenstände veräußert werden“ („Reichspost“, 15. September 1917). Sind denn auch bereits an amtlichen Stellen die Begriffe von Mein und Dein vertauscht? Wenn man nachträglich findet, daß eine Glocke oder ein anderer beschlagnahmter Gegenstand einen großen Kunsts Wert besitzt, um dessentwillen die Vernichtung zu unterbleiben hat, so hat der Staat kein Recht, den betreffenden Kunstgegenstand nach Belieben zu veräußern, er hat die strenge Pflicht, ihn dem wirklichen Eigentümer zurückzugeben; wer anders behauptet, kann logischerweise auch nichts dagegen haben, daß der Staat eines schönen Tages das Privatvermögen Rothschilds oder der neuen Kriegsmillionäre an sich zieht; im einen wie im anderen Falle „konfisziert“ man „Privateigentum“, namentlich wenn man Glockengut per Kilo um vier Kronen „kaufst“, während es zur selben Zeit 10—11 Kronen wert ist. (Vgl. „Reichspost“, 29. September 1917.) Ein hochangesehener Patronatskommissär fragt an der eben bezeichneten Stelle in der „Reichspost“, wie man eine solche Verschleuderung von Kirchengut zulassen könne: „Wenn uns hier von der Wirtschaft ein Pferd für Kriegszwecke abgefördert wird, erhalten wir den jetzt angemessenen Preis und bei den Kirchenglocken nicht?“ Es steht fest, daß viele österreichische Kirchenglocken nach Ungarn gekommen sind, wo viele von ihnen bei dem größten Kriegsverdiener Manfred Weiß in Budapest, einem Juden, landeten („Reichspost“, 7. August 1917). Am 8. September 1917 hat nun, nach dem „Westböhmischen Grenzboten“ die kroatische Zeitung „Banovac“ die aufsehenerregende Nachricht gebracht, daß die genannte jüdische Budapester Firma, der ein beträchtlicher Teil der in Österreich beschlagnahmten Glocken zugewiesen worden ist, den größeren Teil des Glockengutes zur Gewinnung von Vitriol verwendet, das um einen fabelhaften Preis an die ungarischen Weingartenbesitzer weitergegeben worden ist. Die Firma konnte beinahe 100 Prozent Dividende zahlen. Eine andere jüdische Firma in Ungarn bot, wie die „Augsburger Postzeitung“ (21. Dezember 1917) berichtet, Kupfervitriol zu 1150 Kronen per 100 Kilo an. Die Heeresverwaltung hat dem gegenüber allerdings erklärt („Reichspost“ 5. Jänner 1918), daß strengstens darüber gewacht werde, daß nicht das Geringste von diesem dank der Opferwilligkeit der Bevölkerung beigestellten Glockenmaterial zu Zwecken verwendet werde, die auch mit minderwertigem Kupfermaterial befriedigt werden können (Kupfervitriolerzeugung u. dergl.).

Nur der schon früher von der „Reichspost“ (30. November 1917) verlangte eingehende Nachweis über die Zahl der beschlagnahmten Glocken, deren Gewicht, das Gewicht des daraus gewonnenen Kupfers, des sonstigen Metalles, auch des Silbers, würde hier zu einem selbständigen Urteile führen können. Recht unerquicklich ist es auch, daß, wie die „Reichspost“ vom 26. September 1917 aus Burgstall mitteilt, vom Kriegsministerium für die Ablieferung von Glockenseilen (!) 75 Heller per Kilogramm geboten wurden, während schon ein Jahr früher ein Kilo Seil 13 Kronen 25 Heller kostete. Man hat immer das Gefühl, als habe man es mit Leuten zu tun, welche das Kirchengut als eine res derelicta betrachten, über die sich der Nächstbeste hermachen kann und die der zeitweilige Inhaber, wie eine Sache, die ihn weiter nicht berührt, um jeden Spottpreis loszuschlagen jederzeit bereit ist.

Ein Kirchenmusiker schreibt in der „Reichspost“ (21. August 1917): „Da die Entlohnung der Orgelbauer für die Entnahme der Pfeifen nach dem Gewichte des gewonnenen Zinnes zu erfolgen hat, wird jeder Orgelbauer darauf bedacht sein müssen, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Pfeifen aus der Orgel herauszureißen, um so auf seine Kosten zu kommen. Die Behandlung der armen Orgeln wird also eine wenig schonungsvolle sein, umso mehr, als den Pfarrern auch die Wahl des Orgelbauers nicht freistehet, sondern diese räsoniert sind.“ Für jedes Kilo Zinn, das er aus der Orgel herausholt, bekommt der Orgelbauer vier Kronen; in der Kanisiuskirche in Wien holten zwei Männer von $\frac{1}{2}10$ —3 Uhr, also in $5\frac{1}{2}$ Stunden 133 Kilo Zinn heraus, in St. Ulrich an einem Nachmittag ein anderer Orgelbauer 170 Kilo, also in $5\frac{1}{2}$ Stunden 532 Kronen „verdient“ und an einem halben Tage 680 Kronen „verdient“, gewiß kein strinriger Gegenbeweis für die — Unegennützigkeit der Orgelbauer. Von „angesehener katholischer Seite“ schreibt man u. a. in der „Reichspost“ (18. Dezember 1917): „Wie eine befremdende und beunruhigende Nachricht lautet, haben es die Orgelbaumeister bei einer Konferenz im Landes-Verteidigungsministerium durchgesetzt, daß der Maßstab des musiktechnischen Wertes ganz fallen gelassen wurde. Es kämen also für die Befreiung nur Orgeln aus der Zeit vor 1800 in Betracht. Das Fallenlassen des musiktechnischen Momentes ist reinster Vandalismus . . . Es müßten eigentlich die Orgelbauer selbst gegen die geplante Ausraubung der wirklich künstlerischen Orgeln Einwendungen erheben. Welche Gedanken bekommt man, wenn man hört: Die Orgelbaumeister wollen gerade die größten Werke zuerst angehen. Wir sind begierig, ob auch die sogenannten profanen Konzertorgeln dem Vernichtungsspruch anheimfallen werden oder ob etwa die Konzert- und Vergnügungsstätten den Kirchen vorgezogen werden! Wir raten den Kirchenvorständen, auf der Hut zu sein, insbesondere ja keinen Orgelbaumeister an eine geschützte Orgel heranzulassen, so lange nicht die Revidierung der Listen von

den Behörden erfolgt ist.“ Schon einige Tage früher, am 14. Dezember 1917, war in der „Reichspost“ folgender „Protest“ zu lesen: „Die in Wiener-Neustadt zur freien Konferenz versammelten Priester haben mit Entrüstung davon Kenntnis erhalten, daß die mit der Entnahmeverfügung der Orgelpfeifen betrauten Orgelbauer bei dem k. k. Landes-Verteidigungsministerium Vorstellungen wegen der nach ihrer Ansicht zu großen Zahl der von der Finanzpruchnahme befreiten Orgelwerke erhoben haben. Die Priesterkonferenz protestiert aufs schärfste dagegen, daß die Orgelbauer, welche fast ganz von den Kirchen leben und daher wohl die Pflicht hätten, in ihrem Wirkungskreise die Interessen der Kirche wahrzunehmen, sich dazu hergeben, die ohnehin hart hergenommenen Kirchen noch schwerer zu schädigen. Da von Leuten, welche so unverhohlen den Profit als ihren Geschäftsgrundsat erläutern, bei der nach dem Kriege zu erwartenden Wiederherstellung und dem Neubau von Orgelwerken eine weitere empfindliche Schädigung der Kirchen zu erwarten wäre, so bittet die Priesterkonferenz das hochwürdigste f.-e. Ordinariat, die Errichtung einer Diözesan-Orgelbauwerkstätte, deren Reinertrag kirchlichen Bedürfnissen zugute rüme, in Erwägung zu ziehen. Im Auftrage der Wiener-Neustädter Priesterkonferenz: Dechant Minichthaler.“ Diese Ausbildung beleuchtet am klarsten den Ernst der Lage. An solchen Zeichen der Zeit nicht unachtsam vorüberzugehen, macht uns die auf allen Gebieten dringend notwendige Luftreinigung zur unabsehbaren Pflicht.

3. Ueber die Bedeutung der Neußerungen des „Osservatore Romano“. Es ist ein Irrtum, wenn vielfach angenommen wird, der „Osservatore Romano“ gebe in seinen Urteilen ohne weiteres die Ansicht des Papstes wieder. Das gilt nur von solchen Beiträgen, die ausdrücklich als offizielle Mitteilungen gekennzeichnet sind. Ohne Zweifel wird der „Osservatore“ oft auch zu nur offiziösen Mitteilungen benutzt, welche dann mit allen offiziösen Neußerungen die Möglichkeit teilen, verlängert zu werden und ebenso für den Leser die Ungewissheit, ob etwas als offiziöse Aussöhnung angesehen werden kann oder nicht. So lange jene Unklarheit obwaltet — und sie läßt sich eben nur dadurch vermeiden, daß die Nachricht als autoritativ klar gekennzeichnet wird, das heißt aufhört, rein offiziös zu sein und offiziell wird — ist niemand gehalten, in einem derartigen Beitrag mehr zu sehen, als eine reine Privatleistung des Redakteurs oder eines seiner Mitarbeiter. Unter Pius X. kam es öfters vor, daß der Redakteur Angelini selbst in Leitartikeln genau das Gegenteil von dem schrieb, was die eigentliche Ansicht des Papstes war, insbesondere bezüglich des politischen Verhaltens der italienischen Katholiken; trotzdem ließ Pius X. die längste Zeit die Sache ruhig laufen. Auf Anfragen im Staatssekretariat erfolgte zu wiederholten Malen die Antwort, nur die eigens als autoritativ kenntlich gemachten Artikel seien als Neußerungen des Heiligen Stuhles zu betrachten. Das muß man auch jetzt im Kriege

immer vor Augen haben. Wobei noch ganz besonders zu beachten ist, daß der „Osservatore Romano“ ein zwar gemäßiges, aber immerhin im Sinne italienischer Politik schreibendes Organ ist. Er identifiziert sich ohne weiteres mit den italienischen Interessen und Wünschen, soweit diesen italienischen Aspirationen durch die Moral, soweit er sie versteht, keine Grenzen gezogen werden. Das soll kein Vorwurf sein, es soll nur zur Aklärstellung der ganzen Lage gesagt werden. Der „Osservatore Romano“ kommt eben in Rom heraus, das tatsächlich, allen rechtlichen Verwahrungen zum Trotz, zu einer politisch italienisch denkenden Stadt geworden ist. Hätte der Papst noch seinen Kirchenstaat, so könnte er sich eine Zeitung halten, welche nur rein päpstliche Politik verfolgt und, ganz wie der Papst selbst der Idee des Papsttums nach, vollständig über allen politischen Parteien steht. Heute aber würde ein solches päpstliches Organ überhaupt keine Leser finden. So ist also der Papst, infolge der augenblicklichen Nichtverwirklichung eines eigenen Kirchenstaates, durch die Verhältnisse gezwungen, sich für seine Mitteilungen an die Presse eines Organes zu bedienen, das im übrigen eine immerhin gemäßigte italienisch-nationale, deswegen aber für uns noch lange nicht annehmbare Politik verfolgt. Alles, was im „Osservatore Romano“ selbst in die italienische Kerbe haut, kann man darum als Privatansichten eines italienischen Blattes ruhig seinem Schicksal überlassen, es braucht uns nicht mehr aufzuregen, als wenn der „Corriere d’Italia“ Ähnliches schreibt. Wir hatten ja ein nettes Beispiel in jenem eigenartigen Kommentar zu der frischfröhlichen Kriegszielrede Lloyd Georges an die Gewerkschaftler anfangs Jänner dieses Jahres; nur ein kindliches Ententegemüth konnte mit dem „Osservatore Romano“ diese Rede als eine Friedensrede auffassen und darauf Friedenshoffnungen bauen. Nach der gegenwärtigen Praxis zu schließen, scheinen, nicht zwar die Anwendungen, die man etwa im ferneren Verlaufe davon machen kann, wohl aber die näheren rein theoretischen Erläuterungen zu päpstlichen Dokumenten, auch wenn diese Erläuterungen nicht als offiziell gekennzeichnet sind, der Wichtigkeit der Sache wegen einer schärferen Beaufsichtigung durch das Staatssekretariat zu unterstehen. Dieselben sind zuweilen in einem Tone geschrieben, den mir der anschlagen kann, „der Macht hat“ und den eben in einem dem Heiligen Stuhle so nahestehenden Organ auch tatsächlich nur der anschlagen kann, der wirklich die Macht besitzt. Andere Veröffentlichungen im „Osservatore Romano“ verdanken ihr Ansehen nicht dem Organe, das sie mitteilt, sondern dem, von dem sie ausgehen, wie es ja nicht nur mit Bekanntmachungen des Papstes oder des Staatssekretärs, sondern auch bei vielen anderen Dokumenten der Fall ist, welche vom Staatssekretariat dem „Osservatore Romano“ zur Veröffentlichung überlassen werden. — Diese Bemerkungen waren längst niedergeschrieben, als sie durch folgende Nachricht der „Reichspost“ (10. Februar 1918) eine lehrreiche Be-

stätigung erhielten: „Der ‚Osservatore Romano‘ erklärt, zu der formellen Erklärung ermächtigt zu sein, daß der Heilige Stuhl für kriegspolitische Aktionen in vom katholisch-religiösen Standpunkte aus gebilligten und vom Papste erlaubten Veröffentlichungen keineswegs eine Verantwortung übernehme und daher die in jenen Veröffentlichungen vertretenen Meinungen und Bestrebungen bezüglich des gegenwärtigen Krieges als persönliche Ansichten der betreffenden Redakteure angesehen werden müssen.“ Die „Reichspost“ vermutet nicht mit Unrecht, daß gerade die oben erwähnte Behandlung der Rede Lloyd Georges durch den „Osservatore Romano“ Anlaß zu jener Erklärung geboten habe.

Bericht über die Erfolge der katholischen Missionen.

Von Peter Kittlitz, Professor in Ried (O.-De.).

Missionsbericht.

1. Asien.

Borderasien. Die wenigen Berichte aus der asiatischen Türkei bestätigen neuerdings die äußerst ungünstige Lage der Orientmission. Es herrscht nun allgemein die Überzeugung, daß während des Krieges eine Besserung der Verhältnisse ausgeschlossen sei und daß man daher vorläufig die ganze Kraft auf Arbeiten verwenden müsse, die ein sofortiges energisches Eingreifen nach dem Kriege ermöglichen. An diesbezüglichen Vorschlägen fehlt es nicht. Am beachtenswertesten sind wohl die Anregungen, die der genaue Kenner des Orientes, Anton Baumstark, in den „Histor.-polit. Blättern“ bringt und in denen er den Missionsfreunden Deutschlands und Österreichs zunächst ein intensiveres Studium des Orientes empfiehlt, um leichter die Herzen der Orientalen gewinnen zu können.

Baumstark behauptet nämlich, daß nicht nur die Orientalen mit verschiedenen Vorurteilen gegen die abendländischen Missionäre angefüllt seien, sondern daß man auch umgekehrt im katholischen Deutschland nur zu leicht gerügt sei, bei Besprechung der Unionsfrage zu einseitig nur die Schattenseiten des orientalischen Kirchentums ins Auge zu fassen und ihm daher mit fast verletzendem Mißtrauen, ja fast mit Verachtung zu begegnen. Baumstark empfiehlt daher eine wohlwollende Besprechung der Orientverhältnisse in der katholischen Tagespresse, in den Missionszeitschriften, bei Vorträgen in katholischen Vereinen, vor allem aber dringt er auf eine Ausgestaltung und Vertiefung des Studiums des Orientes in den Seminarien und auf den Hochschulen, wie es Benedikt XV. in vorbildlicher Weise für das in Rom gegründete Institut angeordnet hat. Frankreich und Italien sind den Mittelmächten in dieser Beziehung weit voraus und die großen Opfer, die französische Missionäre für die Orientmission gebracht, erklären auch die dankbare Abhängigkeit, die ihnen die Orientalen auch während des Krieges